

Niederschrift

über die 20. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Stadtentwicklungsausschusses am Mittwoch, 16.11.2011 um 17:00 Uhr, im
Bürgersaal des Bürgerhauses

Anwesend waren:

Vorsitz

Frau Birgit Alkenings SPD

Ratsmitglieder

Herr Norbert Schreier CDU

Herr Martin Schulte CDU

Herr Jürgen Spelter CDU

Frau Anabela Barata SPD

Herr Manfred Böhm SPD

Frau Dagmar Hebestreit SPD

Herr Ludger Reffgen BA/CDf ab Pkt.3.2

Frau Susanne Vogel Grüne

Herr Günter Pohlmann dUH

Frau Birgit Behner BA/CDf für Herrn Dr. Peter Schna-
tenberg

Herr Reinhold Daniels SPD

Herr Dr. Heimo Haupt Freie Liberale

Herr Kurt Wellmann SPD für Frau Anabela Barata
zu Pkt. 3.1

Sachkundige Bürger/innen

Herr Jürgen Scholz SPD

Herr Patrick Strösser BA/CDf

Herr Heinz Albers Bündnis90/Die Grünen

Herr Ernst Kalversberg dUH

Frau Heidi Weiner FDP für Herrn Heinz Benner

Fraktionsvorsitzende/r

Herr Rudolf Joseph FDP für Herrn Herrn Udo
Schröder

Von der Verwaltung

Frau Beig. Rita Hoff

Herr Harald Mittmann

Herr Peter Stuhlträger

Herr Michael Witek

Herr Lutz Groll

Herr Andreas Trapp

Frau Christina Herzberg

Frau Sabine Waiss

- | | | |
|-------|--|-----------------------|
| 5.2 | Bebauungsplan Nr. 151 A für den Bereich Ohligser Weg/ An den Linden/ Kirschenweg
hier: Aufstellungsbeschluss | WP 09-14 SV
61/120 |
| 5.3 | Lärmaktionsplan in Hilden:
Abhandlung der Anregungen aus der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
Beschluss über den Lärmaktionsplan | WP 09-14 SV
61/121 |
| 5.4 | Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan im Bereich der Straßen An den Linden, Kirschenweg, Ohligser Weg;
hier: Antrag der Fraktionen BA/CDf und FL vom 19.10.2011 | WP 09-14 SV
61/122 |
| 5.5 | Bebauungsplan Nr. 78 C, 2. Vereinf. Änderung für den Bereich Berliner Straße/ Itter;
hier: Aufstellungsbeschluss | WP 09-14 SV
61/123 |
| 6 | Angelegenheiten des Tiefbau- und Grünflächenamtes | |
| 6.1 | Ausbau der Anliegerstraße "Am Jägersteig"
Hier: Unterlagen nach §14 GemHVO | WP 09-14 SV
66/081 |
| 6.2 | Straßenausbau Hoffeldstraße hier: mögliche Mehrkosten wegen PAK-Belastungen | WP 09-14 SV
66/080 |
| 7 | Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen | |
| 8 | Entgegennahme von Anfragen und Anträgen | |
| 8.1 | Anfrage der SPD-Fraktion | |
| 8.1.1 | Radwegführung Berliner Straße | |
| 8.1.2 | Parkmöglichkeiten für Krafträder in der Innenstadt | |
| 8.2 | Frist zur Dichtigkeitskontrolle bis 31.12.2023 | |
| 8.3 | Fußweg Gelände Breidohr | |
| 8.4 | Standicherheit von Straßenbeleuchtungsmasten | |
| 8.5 | Abpollerung Elberfelder Straße | |

Um 17.30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt
mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 17.05 Uhr. Sie begrüßte die anwesenden Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses, die Vertreter des Behinderten- und Seniorenbeirates, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer.

Sie stellte die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Ferner hielt sie fest, dass die Sitzungsunterlagen vollständig zugegangen seien.

Änderungen zur Tagesordnung

Herr Dr. Haupt bat darum, die Tagesordnungspunkte 5.2 und 5.4 zusammen zu beraten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

Einwohnerfragestunde

Es gab keine Wortmeldungen seitens der anwesenden Einwohner.

1 Befangenheitserklärungen

Frau Barata erklärte sich zu TOP 3.1 befangen. Sie erklärte Herrn Wellmann zu ihrem Vertreter.

2 Bestellung einer Schriftführerin/stellv. - Frau Kamer/ Frau Herzberg

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die Bestellung der Schriftführerin Frau Kamer und der Stellvertretung Frau Herzberg.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO

3.1	Antrag gemäß § 24 GO NW hier: Verkehrssituation Heerstraße / Herderstraße	WP 09-14 SV 66/084
-----	--	-----------------------

Herr Strösser, Herr Pohlmann und Herr Dr. Haupt befürworteten den Einsatz einer mobilen Geschwindigkeitsanzeige.

Herr Pohlmann bat, anschließend über die Ergebnisse im Stadtentwicklungsausschuss zu berichten.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt über den Bürgerantrag nach §24 Gemeindeordnung zur Verkehrssituation Heerstraße/ Herderstraße.

Durch verkehrsberuhigende Maßnahmen wie z.B. Geschwindigkeitskontrollen, Blitzer oder Berliner Kissen soll der Durchgangsverkehr reduziert werden.

Rat

Der Rat nimmt Kenntnis von der Beschlussfassung des Stadtentwicklungsausschusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt

3.2	Anregung nach § 24 Gemeindeordnung NRW: Städtebaulicher Entwurf für den Bebauungsplan Nr. 236A für den Bereich der Grundstücke Augustastraße 14 bis 24 / Weiterbil- dungszentrum 'Altes Helmholtz'	WP 09-14 SV 61/117
-----	---	-----------------------

Nach kurzer Diskussion ließ die Vorsitzende über die Varianten A und B separat abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Variante A:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des von den Eigentümern der Grundstücke 14 – 22 vorgelegten städtebaulichen Entwurfs das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 236A durch ein von den Antragstellern zu beauftragendes Stadtplanungsbüro gemäß § 4b BauGB fortsetzen zu lassen.

Spätestens zum Satzungsbeschluss ist ein Vertrag vorzulegen, in dem auf Grundlage des Angebotes der Antragsteller zu vereinbaren ist, dass die Erschließung zu errichten ist und dass die Antragsteller die Kosten für Bau und Unterhaltung der Erschließung anteilmäßig tragen.

oder

Variante B:

Der Antrag, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 236A auf Grundlage des vorgelegten städtebaulichen Entwurfs fortzusetzen, wird abgelehnt.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Sitzungsvorlage zu erstellen, um das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanverfahrens Nr. 236A einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Es ergab sich folgendes Abstimmungsergebnis:

Zu Variante A	10 (SPD 6/dUH 2/FDP 2)
Zu Variante B	9 (CDU 3/ BA/CDF 3/Bündnis 90/Die Grünen 2/Freie Liberale 1)

4 Anträge

4.1	Gestaltung der Freifläche hinter der Musikschule hier: Antrag der CDU-Fraktion im der Sitzung des Stadtentwick- lungsausschuss am 06.07.2011	WP 09-14 SV 66/076
-----	--	-----------------------

Herr Spelter bat den Tagesordnungspunkt in die Haushaltsplanberatungen zu verschieben.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, die Entscheidung in die Haushaltsplanberatungen zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4.2 Ausbau der Hoffeldstraße, Erneuerung der Deckschicht in Abschnitt A
Antrag der Fraktion BA/CDf im StEA v.01.09.11

WP 09-14 SV
66/077

Herr Josef, Herr Reffgen und Herr Schreier favorisierten das Verfahren im Kalteinbau. Herr Scholz hielt entgegen, dass die Haltbarkeit deutlich kürzer und auch eine Refinanzierung nicht möglich sei.

Herr Reffgen wunderte sich darüber, dass aus seiner Sicht der Straßenzustand über Jahre hinweg falsch beurteilt wurde und erkundigte sich, ob auf die Fräsnaht verzichtet werden könne. Herr Mittmann entgegnete darauf, dass man den tatsächlichen Zustand des Unterbaues erst bei Aufbruch hätte erkennen können. Der Verzicht der Fräsnaht sei aus technischen Gründen nicht möglich, da die Naht ansonsten brechen würde.

Herr Schreier teilte mit, dass die Fahrbahn ab Hoffeldstr. Nr. 42 bis zur Augustastraße fertiggestellt sei. Dort sei das Parken in Längsrichtung vorgesehen. Tatsächlich würden die Fahrzeuge zurzeit quer zur Fahrbahn stehen. Er fragte nach, ob dies auch in Zukunft so möglich sei.

Herr Mittmann erklärte, dass dies im Moment aufgrund des Einrichtens eines absoluten Halteverbotes auf der gegenüberliegenden Seite möglich sei. Dort würde später auch das Parken in Längsrichtung eingerichtet, so dass aus Platzgründen voraussichtlich ein Querparken nicht möglich sei. Herr Mittmann sagte eine Überprüfung zu.

Anschließend ließ die Vorsitzende darüber abstimmen, ob die Fahrbahn im Verfahren der „dünnen Schicht im Kalteinbau“ erneuert werden soll.

Antragstext: (Änderungen sind im Text fett gedruckt)

Im Rahmen des Ausbaus der Hoffeldstraße wird die Verwaltung beauftragt, im Bauabschnitt A zwischen Augustastraße und Wendehammer an der Berliner Straße auch die Asphaltdeckschicht der Fahrbahn im Verfahren der „**dünnen Schicht im Kalteinbau (DSK)**“ zu erneuern.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

SPD-Fraktion:	6 nein
CDU-Fraktion:	3 ja
Fraktion BA/CDf:	3 ja
FDP-Fraktion:	2 ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	2 nein
dUH-Fraktion:	2 nein
Fraktion Freie Liberale	1 ja

5 Angelegenheiten des Planungs- und Vermessungsamtes

5.1	Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes für das gesamte Stadtgebiet: Untersuchung des Außenbereiches bezüglich der Festsetzung von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen	WP 09-14 SV 61/116
-----	---	-----------------------

Die Herren Strösser, Joseph und Dr. Haupt sahen in Hilden keine geeigneten Standorte für Windenergieanlagen aufgrund der großen Siedlungsdichte.

Herr Joseph fragte zusätzlich nach, ob es sich hierbei um eine Pflicht- oder eine freiwillige Aufgabe handeln würde.

Herr Dr. Haupt erkundigte sich zum einen, ob das zu erstellende Gutachten gerichtsfest sei bzw. ob die Stadt Hilden selbst ein gerichtsfestes Gutachten erstellen könne, ferner erkundigte er sich, sofern das Gutachten die Aussage treffe, dass Hilden keine Flächen habe, ob ein Bauwilliger trotzdem den Klageweg einschreiten könne, oder ob dies abschließend sei.

Herr Pohlmann vertrat die Auffassung, dass das Klimagutachten von 2009 ausreichend sei. Eine Prüfung sollte dann erfolgen, sobald es einen Investor gebe. Dieser solle dann auch das Gutachten erstellen lassen und die Kosten tragen.

Frau Hoff erläuterte, dass sie ein Gutachten, das im Übrigen zu den freiwilligen Aufgaben zähle, für wichtig halte, um im Falle eines Antrages kompetent und fundiert antworten zu können. Im Rahmen der Aufstellung des Flächennutzungsplanes könne das Gutachten entsprechendes Abwägungsmaterial liefern und die Verwaltung hätte bei Gericht bessere Argumente.

Auf konkrete Nachfrage von Frau Alkenings erläuterte Herr Stuhlträger das in den Erläuterungen zur Sitzungsvorlage enthaltene Szenario 1.2. Nach seiner Ansicht würde die Zeit, die nach der Stellung eines Bauantrags für eine Windkraftanlage verbliebe, nicht ausreichen, um rechtssicher ggfs. eine unerwünschte Anlage bauplanungsrechtlich durch Änderung des Flächennutzungsplans inkl. der Erstellung eines notwendigen Gutachtens zur Windhöfigkeit in Hilden unzulässig „zu machen“.

Frau Vogel und Herr Scholz sprachen sich für das Gutachten aus.

Herr Strösser schloss sich der Auffassung des Herrn Pohlmann an abzuwarten, ob es einen Investor gebe, um dann das notwendige Verfahren durchzuführen. Er gab zu bedenken, sofern das Gutachten mögliche Flächen in Hilden ausweisen würde, die Argumente zur Ablehnung wegfallen würden.

Frau Weiner schlug als Alternative zu Windkraftanlagen die Solarenergie vor.

Frau Hoff erläuterte, dass ein neutrales fachliches Gutachten erstellt werden solle, welches als Steuerungs- und Argumentationshilfe genutzt werden könne.

Herr Stuhlträger wies darauf hin, dass nach neuem Recht Windkraftanlagen auch in der Nähe und in Landschaftsschutzgebieten zulässig seien. Ohne Gutachten könnten diese nicht verhindert werden. Zur Verdeutlichung zeigte Herr Stuhlträger einen Plan aus dem Klimagutachten 2009, der bereits Flächen bezeichne, in denen schon damals der wirtschaftliche Betrieb von Windkraftanlagen technisch möglich gewesen wäre.

Herr Strösser teilte mit, dass dieser von Herrn Stuhlträger gezeigte Plan den Sitzungsunterlagen hätte beigelegt werden sollen.

Da auch Herr Joseph diese Information gerne früher gehabt hätte, beantragte er, den Tagesordnungspunkt zu verschieben und am 30.11.11 in der nächsten Sitzung des Rates zu beraten.

Frau Alkenings sagte zu, dass die Verwaltung o. g. Plan aus dem Klimagutachten den Fraktionen zusenden wird.

Sie schlug vor, den Tagesordnungspunkt in die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 07.12.11 zu vertagen und rief zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss vertagt die Entscheidung über die Beauftragung eines Gutachtens, welches nach dem neuesten Kenntnisstand die Eignung von Standorten für Windenergieanlagen im Stadtgebiet untersuchen soll, in die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 07.12.11.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5.2	Bebauungsplan Nr. 151 A für den Bereich Ohligser Weg/ An den Linden/ Kirschenweg hier: Aufstellungsbeschluss	WP 09-14 SV 61/120
-----	---	-----------------------

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem TOP 5.4 beraten.

Herr Scholz und Frau Vogel stimmten dem Aufstellungsbeschluss zu. Sie gehen davon aus, dass im Verfahren mehrere städtebauliche Entwürfe diskutiert würden.

Herr Strösser bat um folgende Änderung des Beschlussvorschlages:

- 3. Absatz, 2. Halbsatz streichen: „Mit dem Bebauungsplan soll zum einen die bestehende aufgelockerte städtebauliche Struktur entlang der Straßen erhalten werden, ~~zum anderen soll die Möglichkeit einer der Situation angemessenen städtebaulichen Nachverdichtung in den Innenbereichen des Quartiers geschaffen werden.~~

Frau Hoff sagt zu, dass mehrere Varianten im Bauleitplanverfahren geprüft werden. Insofern kann auch der Entwurf der BA/CDF und FL als eine Variante zur Diskussion gestellt werden. Es müsse eine angemessene Bebauung gefunden werden, bisher würde seitens der Verwaltung keine spezielle Variante befürwortet.

Dr. Haupt äußerte erhebliche Bedenken. Er bat auch darum, den 2. Halbsatz rauszunehmen. Die Öffentlichkeitsarbeit solle wirklich offen betrieben werden.

Auch Herr Strösser wies darauf hin, dass das BPlan-Verfahren komplett offen sein müsse (ggf. auch die Grünflächen).

Frau Alkenings stimmte dem zu. Es solle eine der Situation angemessene städtebauliche Nachverdichtung geschaffen werden. Wie dieses Ziel erreicht werde, müsste offen diskutiert werden.

Herr Reffgen bemängelte, dass bisher nicht zum Ausdruck komme, dass der historisch geprägte Siedlungscharakter erhalten bleibe.

Herr Spelter hielt es nicht für sinnvoll, den Vorschlag der Verwaltung zu ändern. Über den Antrag der Fraktionen BA/CDf und FL und eine Nachverdichtung würde im Rat zum Satzungsbeschluss entschieden, ebenso welche Bebauung zugelassen werde.

Herr Dr. Haupt schlug 2 Möglichkeiten des Konsenses vor. Zum einen könne folgender Absatz der Sitzungsvorlage 61/122 eingefügt werden:

Städtebauliche Entwicklung

- Charakter der Siedlung erhalten;
- Sanierung der Altbauten;
- neue Bebauung muss moderat sein und ist nach Möglichkeit zu vermeiden;
- dem bisherigen Gebäudebestand angepasste Bebauung;
- ausschließlicher Neubau von Doppelhäusern;
- max. 1,5 Geschosse bei Neubauten;
- möglichst positive Energiebilanz.

Des Weiteren könne dafür der 2. Halbsatz, wie von Herrn Strösser beantragt, weggelassen werden.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 151A gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 4 b BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509).

Das Plangebiet liegt im Stadtteil Hilden-Süd.

Es wird begrenzt durch den Ohligser Weg im Norden, durch die Straße An den Linden im Westen, durch die Nordgrenze sowie die Ostgrenze des Flurstückes 840 (Flur 63 Gemarkung Hilden) sowie die Straße Am Strauch im Süden und durch die Ostgrenze des Flurstückes 777 (Flur 63 Gemarkung Hilden) sowie die Ostgrenzen der Flurstücke 293, 292, 291, 424, 423, 289, 288, 287, 285, 1051, 365 und 490 (alle Flur 62 Gemarkung Hilden) im Osten.

Mit dem Bebauungsplan soll zum einen die bestehende aufgelockerte städtebauliche Struktur entlang der Straßen erhalten werden, zum anderen soll die Möglichkeit einer der Situation angemessenen städtebaulichen Nachverdichtung in den Innenbereichen des Quartiers geschaffen werden. Um den städtebaulichen Zusammenhang von Alt und Neu zu gewährleisten, soll der Bebauungsplan auch gestalterische Festlegungen enthalten. (Variante 1)

oder alternativ

- 3. Absatz, 2. Halbsatz streichen:
„Mit dem Bebauungsplan soll zum einen die bestehende aufgelockerte städtebauliche Struktur entlang der Straßen erhalten werden, ~~zum anderen soll die Möglichkeit einer der Situation angemessenen städtebaulichen Nachverdichtung in den Innenbereichen des Quartiers geschaffen werden.~~“ (Variante 2)

oder alternativ

- Einfügung folgenden Absatzes der Sitzungsvorlage 61/122:
„Städtebauliche Entwicklung
- Charakter der Siedlung erhalten;
- Sanierung der Altbauten;

- neue Bebauung muss moderat sein und ist nach Möglichkeit zu vermeiden;
- dem bisherigen Gebäudebestand angepasste Bebauung;
- ausschließlicher Neubau von Doppelhäusern;
- max. 1,5 Geschosse bei Neubauten;
- möglichst positive Energiebilanz“

(Variante 3)

oder alternativ

- 3. Absatz, 2. Halbsatz streichen: „Mit dem Bebauungsplan soll zum einen die bestehende aufgelockerte städtebauliche Struktur entlang der Straßen erhalten werden, ~~zum anderen soll die Möglichkeit einer der Situation angemessenen städtebaulichen Nachverdichtung in den Innenbereichen des Quartiers geschaffen werden.~~

Anschließend Einfügung folgenden Absatzes der Sitzungsvorlage 61/122

„Städtebauliche Entwicklung

- Charakter der Siedlung erhalten;
- Sanierung der Altbauten;
- neue Bebauung muss moderat sein und ist nach Möglichkeit zu vermeiden;
- dem bisherigen Gebäudebestand angepasste Bebauung;
- ausschließlicher Neubau von Doppelhäusern;
- max. 1,5 Geschosse bei Neubauten;
- möglichst positive Energiebilanz“

(Variante 4)

Anschließend ließ die Vorsitzende zunächst über alle Varianten des Beschlussvorschlages abstimmen:

Es ergab sich folgendes Abstimmungsergebnis:

Zu Variante 1 15 (CDU 3/ FDP 2/ SPD 6/duH 2/Fraktion Bündnis90/Die Grünen 2)
 Zu Variante 2 4 (BA/CDf-Fraktion 3/Fraktion FL 1)

Damit erübrigt sich die Abstimmung über die Varianten 3 und 4.

5.3	Lärmaktionsplan in Hilden: Abhandlung der Anregungen aus der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange Beschluss über den Lärmaktionsplan	WP 09-14 SV 61/121
-----	---	-----------------------

Zu TOP Nr. 5.3 wurde zu Beginn der Sitzung die per E-Mail erhaltene Stellungnahme des BUND Ortsgruppe Hilden vom 15. September 2011 verteilt.

Die Fraktion „FL“ beantragte eine Vertagung des Tagesordnungspunktes in die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 18.01.2012. Mehr als 3.000 Bürgerinnen und Bürger hätten bislang bei der Interessengemeinschaft „Hildener Bürger gegen Autobahnlärm“ unterschrieben und haben damit bekundet, erheblich unter dem Lärm der Autobahnen A3 und A46 sowie der Osttangente zu leiden und sie seien nicht länger gewillt, ihre Gesundheit zu Markte zu tragen und ihre Leben dauerhaft einschränken zu lassen.

Hierdurch würden sich völlig neue Gesichtspunkte für Inhalt, Geltungsbereich und Bewertung des Lärmaktionsplans Hilden ergeben. Der Stadtentwicklungsausschuss sollte sich daher die Zeit

nehmen, diese Fakten und entsprechende Konsequenzen in den Fraktionen zu beraten und der Verwaltung Gelegenheit zu geben, eine modifizierte Sitzungsvorlage zu erstellen und weitere Schritte zu planen.

Herr Scholz hielt dies für einen neuen Antrag, der im Stadtentwicklungsausschuss im Januar 2012 beraten werden könnte.

Herr Strösser bat um Vertagung des Antrages in die Januarsitzung 2012 aufgrund der verteilten E-Mail des BUND Ortsgruppe Hilden.

Dr. Haupt bewertete dies als eine neue Situation. Die Bürger unterstützten mit ihren Unterschriften massiv ihr Anliegen und die Thematik sollte erneut in den Fraktionen beraten werden.

Danach ließ die Vorsitzende über den Vertagungsantrag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss vertagt die Entscheidung über die Abhandlung der Anregungen aus der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und den Beschluss über den Lärmaktionsplan in Hilden in die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 18.01.2012.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

SPD-Fraktion:	6 nein
CDU-Fraktion:	3 ja
Fraktion BA/CDf:	3 ja
FDP-Fraktion:	2 Enthaltungen
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	2 ja
dUH-Fraktion:	2 ja
Fraktion Freie Liberale	1 ja

5.4	Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan im Bereich der Straßen An den Linden, Kirschenweg, Ohligser Weg; hier: Antrag der Fraktionen BA/CDf und FL vom 19.10.2011	WP 09-14 SV 61/122
-----	--	-----------------------

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem TOP 5.2 beraten. Bezüglich der Wortbeiträge wird auf die Ausführungen unter TOP 5.2 verwiesen.

Antragstext:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes für das Gebiet im Bereich der Straßen An den Linden, Kirschenweg, Ohligser Weg gemäß dem beigefügten planerischen Entwurf.

Abstimmungsergebnis:

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der durchgeführten Abstimmungen zu Tagesordnungspunkt 5.2 verzichtet Herr Strösser für die Antragsteller auf eine eigene Abstimmung des Antrages und zieht somit den Antrag zurück.

5.5 Bebauungsplan Nr. 78 C, 2. Vereinf. Änderung für den Bereich
Berliner Straße/ Itter;
hier: Aufstellungsbeschluss

WP 09-14 SV
61/123

Nach einem kurzen Wortbeitrag des Herrn Pohlmann ließ die Vorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die Aufstellung der 2. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 78 C gemäß § 2 Abs. 1 BauGB (Baugesetzbuch) in Verbindung mit § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509).

Das Plangebiet liegt am Westrand des unmittelbaren Hildener Stadtzentrums.
Es wird begrenzt durch die Berliner Straße im Nordwesten, die Schwanenstraße im Nordosten, den Itterbach im Südosten und die Benrather Straße im Südwesten.

Mit der Änderung des Bebauungsplanes soll die stadtverträgliche Nutzung dieses Kerngebietes gesichert werden, indem Vergnügungsstätten inkl. Spielhallen und sog. „Rotlicht-Nutzungen“ im Bebauungsplan ausgeschlossen werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

6 Angelegenheiten des Tiefbau- und Grünflächenamtes

6.1 Ausbau der Anliegerstraße "Am Jägersteig"
Hier: Unterlagen nach §14 GemHVO

WP 09-14 SV
66/081

Herr Pohlmann schlug vor, die Anzahl der Baumscheiben und Aufpflasterungen zu reduzieren. Frau Vogel gab zu bedenken, dass schon genügend reduziert wurde und dass man die Bäume lassen müsste.

Herr Strösser war der Ansicht, der Ausbau sei nicht zwingend notwendig und bat um die Zurückstellung der Baumaßnahme.

Daraufhin entgegnete Herr Pohlmann, dass mit dem Ausbau des Regenwasserkanals aufgrund der nur provisorisch geschlossenen Decke 50.000,- € eingespart wurden. Aus diesem Grunde sei die Stadt Hilden zum Straßenausbau verpflichtet.

Anschließend rief die Vorsitzende zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss den Ausbau der Anliegerstraße „Am Jägersteig“ und stimmt den nach § 14 GemHVO vorgelegten Unterlagen und den ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 734.000,00 Euro zu.

Nach Bereitstellung von
15.000€ in 2009 (Planungsmittel)

sollen die weiteren Beträge wie folgt veranschlagt werden:

Ansatz 2012=	400.000,00 €
VE für 2013 von	319.000,00 €
Ansatz 2013=	319.000,00 €

Über die Aufnahme der Maßnahme in die Finanzplanung wird im Rahmen der weiteren Haushaltsplanung 2012 entschieden.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

SPD-Fraktion:	6 ja
CDU-Fraktion:	3 ja
Fraktion BA/CDf:	3 nein
FDP-Fraktion:	2 ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	2 ja
dUH-Fraktion:	2 ja
Fraktion Freie Liberale	1 ja

6.2	Straßenausbau Hoffeldstraße hier: mögliche Mehrkosten wegen PAK-Belastungen	WP 09-14 SV 66/080
-----	--	-----------------------

Herr Pohlmann hielt es nicht für sinnvoll, Kosten überplanmäßig bereitzustellen, die tatsächlich noch nicht benötigt würden.

Herr Strösser fragte nach, aus welchem Grund die Kosten in dieser Höhe und im Jahr 2011 anfallen würden. Ferner bat er darum, die Kosten in strittige und nicht strittige aufzuteilen.

Herr Mittmann ging darauf ein, dass die Mehrleistungen aufgrund des damaligen Kompromissvorschlages zu den Unterlagen nach §14 GemHVO entstanden seien. Danach sollten nur 10cm der ungebundenen Tragschicht sowie Asphalttrag- und Deckschicht erneuert werden. Die Menge der Packlage war jedoch nicht einschätzbar. Im 2. Bauabschnitt habe die Einschätzung nicht gepasst. Dort musste mehr herausgenommen und mehr aufgefüllt werden. Er teilte ferner mit, dass sich die strittigen Kosten auf ca. 15.000 € belaufen würden, während 65.000 € unstrittige Mehrleistungen seien.

Frau Alkenings schlug vor, für das Jahr 2011 65.000 € zusätzlich bereitzustellen und 15.000 € im nächsten Haushalt.

Herr Mittmann teilte mit, dass der Kämmerer befugt wäre 15.000 € bereitzustellen.

Im Anschluss hieran erfolgte die Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag: (Änderungen sind im Text fett gedruckt)

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss:

Für die möglichen Mehrkosten beim Straßenausbau Hoffeldstraße, welche sich aus einer Einigung mit der Baufirma ergeben, werden vorsorglich bis zu 80.000,-€ **die unstrittigen Kosten von 65.000,-€** überplanmäßig in 2011 bereitgestellt.

Deckung: Mehrerträge beim Sachkonto 401300 "Gewerbsteuer", Kostenträger 1601010040 "Gewerbsteuer" 20.000€ und frei gewordene Mittel beim Sachkonto 539100 „Transferleistungen“, Kostenträger 1201010010 „Verkehrsflächen und Brücken“..

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Es lagen keine Anfragen vor.

8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

8.1 Anfrage der SPD-Fraktion

Herr Scholz reichte für die SPD-Fraktion folgende Anfragen ein:

8.1.1 Radwegeführung Berliner Straße

Radwegeführung Berliner Straße

Der Radweg entlang der Berliner Straße zeichnet sich durch inkonsequente Beschilderung aus.

Teilweise gibt es einen getrennten Radweg auf dem Bürgersteig, teilweise einen gemeinsamen Rad- und Fußweg, dann wieder ist der Fußweg zur Benutzung mit dem Fahrrad freigegeben oder es ist gar kein Fahrradweg vorhanden. (Zwischen Eller- und Poststraße endet der Radweg plötzlich an einem Bus-Wartehaus.)

Nach den Kreuzungen werden Radfahrer/innen über den Angebotsstreifen in allen Fällen auf den Bürgersteig geleitet – egal, ob sie ihn nutzen dürfen oder nicht. Das führt u. a. zu Konflikten zwischen Auto- und Radfahrern.

Sieht die Verwaltung eine Möglichkeit, die Radwegeführung so zu kennzeichnen, dass alle Verkehrsteilnehmer eindeutig sehen können, wer wo entlangfahren muss?

8.1.2 Parkmöglichkeiten für Krafträder in der Innenstadt

Parkmöglichkeiten für Krafträder in der Innenstadt

Ausgewiesene Parkmöglichkeiten für Krafträder in der Innenstadt sind bisher nicht vorhanden. Dennoch besteht von Bürgerinnen und Bürgern der Wunsch, auf speziell ausgewiesenen Parkplätzen Abstellmöglichkeiten für Krafträder vorzuhalten.

Sieht die Verwaltung eine Möglichkeit, in der Innenstadt gesonderte Stellplätze für Krafträder vorzusehen. Wie kann eine solche Regelung aussehen und welche Standorte kämen dafür infrage?

8.2 Frist zur Dichtigkeitskontrolle bis 31.12.2023

Die Fraktion BA/CDf stellte die als Anlage 1 beigefügte Anfrage.

8.3 Fußweg Gelände Breidohr

Die Fraktion FL stellte die als Anlage 2 beigefügte Anfrage.

Daraufhin teilte Herr Stuhlträger mit, dass dort mit einem kleinen Umweg über die Straße Kalstert die Walder Straße sicher erreicht werden könne. Herr Scholz entgegnete, dass dieser Weg nicht genutzt würde. Daraufhin erwiderte Herr Stuhlträger, dass westlich der Zufahrt noch eine Baustelle sei. Der Fußweg dort verlaufe über Privatgelände, daher habe die Stadt Hilden keine Einflussmöglichkeiten. Er sei zurzeit noch im Bau, werde jedoch fertiggestellt.

8.4 Standsicherheit von Straßenbeleuchtungsmasten

Anfrage zur Standsicherheit von Straßenbeleuchtungsmasten

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen reichte folgende Anfrage ein:

1. Wird im Stadtgebiet von Hilden die Standsicherheit an älteren Straßenbeleuchtungsmasten und speziell die Durchrostung im Bereich der Erdberührung geprüft?
2. Wer ist für die Standsicherheit und technischen Zustand verantwortlich?
3. Wer ist für die Überprüfung der Masten verantwortlich?

Herr Mittmann beantwortete die Anfrage mündlich. Er teilte mit, dass ein Betriebsführungsvertrag mit den Stadtwerken Hilden zur kompletten öffentlichen Straßenbeleuchtung existiere. Die Kontrollen würden entsprechend der Vorschriften im Rüttelverfahren durchgeführt.

8.5 Abpollerung Elberfelder Straße

Herr Joseph erkundigte sich nach der Abpollerung auf der Elberfelder Straße. Dort wurden massive Eisenpfähle angebracht. Er fragte, ob die Stadt Hilden Einfluss auf die Genehmigung der Abpollerung nehmen könne.

Herr Mittmann teilte mit, dass hinter der Unterführung der A3 erhebliche verkehrliche Probleme und eine Absackung im Grünstreifen vorhanden war. Die Fahrbahn sei Angelegenheit des Landes, der Bürgersteig Angelegenheit der Stadt. Aus vorgenanntem Grund wurde eine Absperreinrichtung aus Kunststoff eingebaut. Dieser Vorgang wurde mit der Polizei abgestimmt.

Ende der Sitzung: 19:05 Uhr

Birgit Alkenings
Vorsitzende

Christina Herzberg
Schriftführer/in

Gesehen:

Horst Thiele
Bürgermeister

Rita Hoff
techn. Beigeordnete